

André Heinemann
Holler Landstr. 12
27798 Hude/Oberhausen

09.01.2024

An
FDP-Bundesgeschäftsstelle
FDP-Vorsitzender Christian Lindner
10117 Berlin

Sehr geehrter Herr Lindner, lieber Christian Dürr

Als FDP-Ortsverbandsvorsitzender und Gemeinderatsmitglied der Gemeinde Hude ist es mir ein Anliegen, Ihnen meine Sicht auf die Geschehnisse der letzten Wochen mitzuteilen. Bezugnehmend auf das Dreikönigstreffen am letzten Samstag mit der Aussage, dass die Bauern sich verrennen, muss ich ganz klar feststellen, dass Ihnen offensichtlich nicht klar ist, welche Tragweite die Politik im ländlichen Raum hat.

Es geht nicht einfach um „ein paar Euro“ Agrardieselrückerstattung. Hier bin ich tatsächlich sogar offen. Denn ursprünglich wurde diese eingeführt, da die Mineralölsteuer für die Straßenunterhaltung genutzt werden sollte, Landwirte aber überwiegend auf Hof und Acker unterwegs waren. Hier hat sich einiges geändert. Die landwirtschaftliche Logistik hat doch massiv zugenommen, sowohl in Anzahl als auch in Größe. Insofern können wir uns da sicherlich nicht mehr von unserem Beitrag zur Straßenunterhaltung frei machen.

Was stört sind mehrere Punkte:

1. Der Zeitpunkt: So kurzfristig mal eben im Vorbeigehen eine derartige Kürzung vorzunehmen, ist für keinen Unternehmer planbar und somit nicht in Ordnung. Allerdings fällt auf, dass die Bundespolitik auch in anderen Wirtschaftsbereichen durch dieses Verhalten auffällt. Das trägt zu einer massiven Verunsicherung bei und kann besonders im Mittelstand verheerende Folgen haben.
2. Die Art und Weise: Es wird verkündet, offensichtlich ohne vorher in irgendeiner Form mit den betroffenen Verbänden gesprochen zu haben. Und anscheinend waren sogar die Fraktionen davon überrumpelt, so dass ein unwürdiges Schwarze-Peter-Spiel entstand: Keiner will es gewesen sein.

3. Die Verhältnismäßigkeit: Dass die heimische Landwirtschaft dadurch im internationalen Wettbewerb, der an der Ladentheke ausgetragen wird, weiter benachteiligt wird, wurde hinlänglich kommuniziert. Und so populistisch es klingen mag, aber bei der Entwicklungshilfe gehört wohl auch einiges auf den Prüfstand.

Was aber noch viel entscheidender ist: Es wurde 2019 bereits umfassend demonstriert. Es wurden Versprechungen gemacht, die Borchert-Kommission und die Zukunftskommission eingerichtet, in denen viele Erkenntnisse und Strategien erarbeitet wurden. Das Resultat ist aber ernüchternd: Die Kommissionen sind aufgelöst und für die Betriebe hat sich wenig geändert. Stattdessen kommen immer neue Anforderungen und die Zuwendungen gehen immer weiter zurück. Und die echten Baustellen wie Wolfspolitik, Düngeverordnung, Pflanzenschutzmittelzulassungen, Fachkräftemangel, Tierarztschwund uvm. sind nicht gelöst. Es geht nicht einfach nur ums Geld. Die Agrardieselentscheidung war nur der letzte Funke. Sie sprachen die Agrarsubventionen an. Das Budget landet bei Weitem nicht alles in der Landwirtschaft. Alleine der Verwaltungsapparat, der mit der Abwicklung beschäftigt ist, verschlingt Unsummen. Und dann muss man sehen, wer die größten Empfänger sind. So landet man zunächst nicht bei Landwirten sondern bei öffentlichen Einrichtungen wie das NLWKN oder bei Naturschutzverbänden. Der Rest kann als Entschädigung für öffentliche Leistungen definiert werden, die bisher unter dem Begriff Cross Compliance nachzulesen waren. Diese Anforderungen werden laufend verschärft und die Gelder immer weiter gekürzt, so dass einige Betriebe die Gelder wegen der Auflagen nicht mehr beantragen. Das alles führt dazu, dass es auf immer mehr Betrieben keine Hofnachfolge mehr gibt und somit immer mehr Betriebe schließen. Viele junge Menschen haben durchaus Lust, trotz der langen Arbeitszeiten und der schweren Arbeit den Beruf auszuüben. Was dem aber häufig entgegensteht sind Bürokratie, Beschränkungen und das Gefühl mangelnder Wertschätzung in der Öffentlichkeit durch immer neue Schuldzuweisungen.

Die FDP ist auch gerade im ländlichen Raum gewählt worden, da eine große Unzufriedenheit mit der Politik der großen Koalition bestand und die FDP durchaus Hoffnung machte auf praxisorientierte und wissenschaftsbasierte Lösungsansätze, die im Dialog erarbeitet werden. Der erste Dämpfer kam durch die Besetzung der Ministerien. Landwirtschaft, Umwelt und Wirtschaft, die Ressorts, die für den ländlichen Raum entscheidend sind, wurden den Grünen überlassen. Genau das, was durch die Zustimmung für die FDP nicht

passieren sollte. Es sind besonders Landwirte und Handwerker mit ihren Vor- und Nachgelagerten Bereichen, die von dieser Politik enttäuscht sind und deshalb auf die Straße gehen. Es herrscht das Gefühl, dass der ländliche Raum städtische Bedürfnisse zu befriedigen hat (erneuerbare Energien, Naturschutz, Wolf, Stromtrassen, Mobilität, usw.). Demokratie besteht aber nicht nur aus Mehrheitsentscheidungen, sondern auch aus dem Schutz von Minderheiten. Und nur weil die Mehrheit in der Stadt wohnt, hat sie nicht das Recht, über den ländlichen Raum zu richten.

Ich persönlich werde weiterhin mich in der FDP engagieren, da ich weiter für eine freie Gesellschaft eintreten möchte und Freiheit nicht ohne Verantwortung funktioniert. Und trotz aller Kritik sehe ich woanders dafür nicht den nötigen Raum. Ich lade Sie herzlich in unser Dorf ein. Dann kann man all diese Aspekte auch mit realen Situationen verknüpfen.

Mit freundlichen Grüßen

André Heinemann